

Guten Morgen, liebe Leser!

»Ach Herrjemineh!« »Bist du größtewahnsinnig geworden?« So stelle ich mir vor, wie Eltern reagieren, wenn sie erfahren, dass ihr Kind Tuba lernen will. Immerhin handelt es sich um ein (ausgerollt) vier Meter langes, sieben bis zehn Kilo schweres, vergoldetes Campingklo, das Töne von sich gibt, die klingen, als würde man auf eine überdimensionale Zahnpastatube treten. Aber das sind Vorurteile. Die



Tuba ist ein ehrenwertes Instrument, das tiefste aus der Familie der BÜGELHÖRNER, das Fundament jedes Orchesters. Die Tuba gibt dem Ensemble Bodenhaftung. Fehlt sie, handelt es sich um ein tubakuloses Orchester. Außerdem ist sie ein göttliches Instrument, wie das »Vaterunser« verkündet: »Vater unser, der Tubist im Himmel.« Okay, das ist Unfug, genauso wie die Verunglimpfung als »Campingklo«. Laut einem Urteil des Amtsgerichts Siegburg muss die Versicherung zahlen, wenn ein Tubist sein Instrument während einer Karnevalsveranstaltung vor dem Klo abstellt, wo sie von Jecken »demoliert« wird: »Die Tuba muss nicht mit auf die Toilette genommen werden.« Zum Schluss ein Gedicht für alle von Selbstzweifeln geplagten Tubisten:
Du bist
Tubist?
So'n Mist!
Wirst du deswegen gedisst?
Dann steig um, werd' Triangelist!
jw/FOTO: IMAGO

3 Dinge, die ich in Bad Vilbel und Karben heute wissen muss:

1 Ansprechbar
Die beiden Karbener Behindertenbeauftragten haben ihre öffentliche Sprechzeit von 9 bis 12 Uhr in der Rendeler Bücherei.

2 Vorbereitet
Die Nachbarschaftshilfe Bad Vilbel bietet im Büro im Quellenhof eine individuelle Beratung rund um Vollmachten an. Infos: 06101/60 48 90.

3 Begegnen
Die katholische Kirchengemeinde lädt ab 15 Uhr zum Begegnungscafé für Bad Vilbeler und Geflüchtete in den Pfarrsaal von St. Nikolaus ein.

DAS SCHAUFENSTER
Kulturbühne 22
Wetterau, helau! 23/24
Aus den Schulen 28
Meinungstreff 31
Infothek/Sudoku 33
Ihr Draht zu uns
Redaktion. 0 60 32/9 42-5 31
E-Mail
suedredaktion@wetterauer-zeitung.de
www.wetterauer-zeitung.de



Sebastian Mager aus Klein-Karben verkauft seine Erzeugnisse in seinem Hofladen direkt an die Verbraucher.



»Der Dottenfelderhof hat schon früh auf Direktmarketing gesetzt«, sagt Margarethe Hinterlang. FOTOS: FAUERBACH

Viel mehr als Diesel-Subventionen

Die Bauern gehen auf die Straße und demonstrieren – zuletzt am Wochenende an den Zufahrten zum Frankfurter Flughafen. Die Gründe für die Proteste sind vielfältig. Zwei Biobauern aus Bad Vilbel und Karben schildern, warum sie sich bisher nicht an den Bauernprotesten beteiligt haben.

VON CHRISTINE FAUERBACH

In der Landwirtschaft liegt vieles im Argen. Und dies seit Jahrzehnten. Immer mehr Höfe sind in ihrer Existenz bedroht. Sinkenden Einnahmen stehen einer Flut von Gesetzen und Verordnungen gegenüber. Daher gehen Landwirte auf die Straße. Auslöser für die vom Deutschen Bauernverband organisierten Proteste waren die geplanten Subventionskürzungen der Ampel-Koalition. Diese beinhalten beispielsweise die Streichung der Agrardieselsubventionen (22,5 Cent pro Liter). Die Bauern fordern ein Umdenken. Sie benötigen Planungssicherheit und wirtschaftliche Perspektiven.

An den Bauernprotesten in Hessen und Deutschland haben sich konventionelle Landwirte wie auch Biobauern beteiligt. Aus unterschiedlichen Gründen haben sich andere landwirtschaftliche Verbände

wie der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft, der 38 Verbände wie Bioland, Demeter oder Naturland vertritt, sowie Biobauern und konventionelle Landwirte an den Demonstrationen nicht beteiligt. Zu ihnen gehören die beiden Biolandwirte Sebastian Mager aus Klein-Karben und Margarethe Hinterlang vom Dottenfelderhof in Bad Vilbel.

Sebastian Mager setzt sich für eine Agrarwende ein. Er sagt: »Die Agrarpolitik der letzten Jahrzehnte hat die Proteste verursacht. Bei den Landwirten ist der Frust groß.« Die Bundesregierung versuche den Haushalt auf Kosten der Landwirtschaft zu sanieren. Doch der ökologische Umbau könne nur funktionieren, wenn der Staat in ihn investiere. Da die Gruppe der Bauern extrem heterogen sei, könne nicht nach dem Gießkannenprinzip gefördert werden. Zudem seien große Betriebe gegenüber kleinen und mittleren Betrieben wirtschaftlich im Vorteil. Sie setzen auf Masse und erhalten derzeit aufgrund von EU-Bestimmungen am meisten Geld. »Die bestehende Agrarpolitik überverteilt größere landwirtschaftliche Betriebe, weil die Höhe der finanziellen Mittel, die vom Staat kommen, hauptsächlich über die von einem Betrieb bewirtschaftete Fläche ermittelt werden. Unser Betrieb, so wie der Großteil der Wetterauer Biobetriebe, ist eher klein. Deshalb möchte

ich nicht an der Seite von größeren Betrieben für eine Beibehaltung der bisherigen, in meinen Augen ungerechten

» Die Agrarpolitik der letzten Jahrzehnte hat die Proteste verursacht. Bei den Landwirten ist der Frust groß.

Sebastian Mager

Förderpolitik demonstrieren.« Sebastian Mager spricht sich für eine Deckelung der Agrardieselsubventionen aus. »Würde man kleinere Betriebe unterstützen wollen, hätte man den Agrardiesel auf einen Betrag X je Betrieb deckeln können und dadurch eine Menge Geld im Bundeshaushalt einsparen können. Dies wäre aus meiner Sicht eine gute Kompromisslösung zwischen den Bauern und der Regierung.« Er fragt: »Warum kommt so ein Vorschlag nicht vom Bauernverband?«

Es gebe viele Probleme in der Agrarpolitik und verschiedene Lösungsansätze.« Zu den nachgewiesenen Problemen, welche die Landwirtschaft verursache, gehöre die Überdüngung. Sie führe seit Jahren dazu, dass die Gewässer in Deutschland durch Ausschwemmen der überschüssigen Düngerbestandteile ins

Grundwasser mit zu viel Nitrateinträgen belastet würden. Der Schutz von Wasser, Boden und Luft und damit die Lebensgrundlagen der Gesellschaft müssten vom Staat durch entsprechende Gesetze geschützt werden. »Da muss auch die Landwirtschaft ihrer Verantwortung gerecht werden. Das beruht auf keiner Ideologie, sondern das sind allgemeine wissenschaftlich anerkannte Erkenntnisse.«

Margarethe Hinterlang vom Dottenfelderhof sagt: »Ich habe an den Protesten nicht teilgenommen, weil es um viel mehr als die Dieselinvestitions-kürzungen geht. Es gibt 1000 Gründe, warum die Bauern protestieren. Vor allem den Milchbauern geht es schlecht. Würde ihre Milch angemessen bezahlt, wären Subventionsstreichungen für viele nicht so existenziell.« Sie plädiert dafür, die Preise für Lebensmittel vom Erzeuger her zu denken. Die vom Handel und Zwischenhandel erzielten Gewinne kommen bei den Bauern nicht an.

Agrarsubventionen müssten gerechter, gemeinwohlorientiert, verteilt werden. Förderprogramme geben Landwirten keine langfristige Sicherheit. »Es gibt Schutz für Wald, Wasser und Luft, aber nicht für landwirtschaftliche Flächen. Das Thema Nachhaltigkeit wird völlig außer Acht gelassen.« Wichtig sei eine regionale Wertschöpfung. Die Auswei-

zung von Direktmarketing auch abseits von Wochenmärkten und Außer-Haus-Verpflegung wären Möglichkeiten.

Themen für Landwirte sind vielfältig: Marktabhängigkeit, Preispolitik, Landspekulation, eine gentechnikfreie Landwirtschaft, Tierwohl, Biodiversität, Luft-, Boden- und Wasserschutz sowie eine bessere Absicherung durch höhere Renten und Sozialleistungen. Sollte es zu den Streichungen kommen, dann müssten die Gelder auch weiterhin in der Landwirtschaft verbleiben. »Was den Bauern zudem fehlt, dass ist die Wertschätzung für ihre tägliche harte körperliche Arbeit durch die Gesellschaft. Viele produzieren gute Lebensmittel, machen ihre Arbeit mit Herz und Verstand und kümmern sich um das Tierwohl«, sagt Hinterlang.

INFO

Zahl der Höfe sinkt

Nach Einschätzung der DZ Bank wird die Zahl von 256 000 Höfen im Jahr 2022 bis zum Jahr 2040 auf 100 000 Betriebe sinken. Bei etwa gleichbleibender landwirtschaftlicher Fläche dürfte sich die Durchschnittsgröße eines Betriebs so von 64,8 Hektar auf 160 Hektar im Jahr 2040 mehr als verdoppeln, womit bäuerliche Familienbetriebe »zunehmend vor dem Aus« stehen. cf

Rechtes Treffen mit Verbindung zu Bad Vilbel

Was bedeutet das Treffen der Frankfurter Tafelrunde für die Massenheimer Auenkunst?

Bad Vilbel (wpa). Es war ein Treffen, das für Aufsehen gesorgt hat. In einem Lokal auf dem Frankfurter Römerberg haben am 26. Januar mehrere AfD-Politiker, darunter auch der Landesvorsitzende Andreas Lichert, der dem als rechts-extrem eingestuft, mittlerweile aufgelösten »Flügel« innerhalb der Partei zugeordnet wurde, teilgenommen. Öffentlich gemacht wurde diese Zusammenkunft, die die Frankfurter Tafelrunde veranstaltet hatte, von der Antifa Frankfurt.

Astrid Gräfin von Luxemburg räumte auf Anfrage der »Frankfurter Rundschau« ein, dass Lichert eine Rede gehalten habe. Es sei nicht um »Remigration« und »andere rassistische Themen« gegangen. Sie wies gegenüber der Zeitung zurück, dass es sich um ein rechtes Vernetzungs- und Fundraising-Treffen gehandelt haben soll. Die Teilnehmenden hätten vielmehr »die Vielfalt und Internationalität unserer weltoffenen Stadt« gespiegelt. Entsetzt über diese Entwicklung zeigen sich die Omas gegen rechts. »Unsere Recherche

hat ergeben, dass diese Tafelrunde ein rechtsorientiertes Bündnis ist, welches kein Problem damit hat, Andreas Lichert, der zum Flügel der AfD gezählt wird und nachweislich Kontakt zur Identitären Bewegung hat, als Redner einzuladen.« Deshalb fragen die Omas: »Welche Kommune in der Wetterau arbeitet mit Menschen aus diesem Kreis, insbesondere dem Ehepaar Rüdiger Graf von Luxemburg und Astrid Gräfin von Luxemburg zusammen? Nach unserem Wissen gibt es Kontakt zwischen

der Stadt Bad Vilbel und dem Ehepaar bezüglich der Kunstobjekte der Auenlandschaft in Massenheim.«

In der Tat ist Astrid Gräfin von Luxemburg Kuratorin der Massenheimer Auenkunst, hat vor Ort schon Redebeiträge gehalten. Die Omas fragen deshalb weiter: »Wie werden die Kommunen auf diese Veröffentlichung reagieren? Werden sie die Zusammenarbeit einstellen?« Sie sind überzeugt: »Wir möchten konkret darauf hinweisen, dass rechte Netzwerke es nutzen, unter

dem Deckmantel von bürgerlichen Aktivitäten ihr Gedankengut in der Bevölkerung zu platzieren. Dem muss entschieden entgegengetreten werden.«

Bei der Stadt Bad Vilbel hat man reagiert und teilt mit: »Wir haben von diesem Treffen ebenfalls aus der Zeitungslektüre erfahren. Wir haben Gräfin zu Luxemburg unsererseits um eine Stellungnahme gebeten. Selbstverständlich nehmen wir den Sachverhalt sehr ernst und prüfen diesen sorgfältig.«